

**Auszug aus der Niederschrift  
über die Konstituierende Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt,  
Klimaschutz und Stadtentwicklung am 29.08.2024**

**Zu TOP: 5.2**

**Sozial gemischte Wohnsiedlungen**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

**Vorlage: AN 0067/2024**

Herr Suhr erläutert den vorliegenden Antrag. Es soll erreicht werden, dass die einzelnen Wohngebiete sozial stärker durchmischt werden. Da es sich bei der SWG um eine städtische Gesellschaft handelt, wird hier der größte Handlungsspielraum gesehen.

Es sollen Grundlagen, wie eine bessere soziale Durchmischung erreicht werden kann, erarbeitet und vorgestellt werden.

Herr Haack sieht es problematisch, dass nur die SWG beteiligt werden soll. Stimmt aber zu, dass die Stadtteile in Stralsund bisher nicht so stark durchmischt sind.

Herr Haack geht auf die verschiedenen Möglichkeiten ein, wie der Ausschuss verfahren kann und gibt den Antrag zur Diskussion frei.

Herr Suhr führt aus, dass die Fraktion davon abgesehen hat, die Stadt aufzufordern auf planungsrechtlichem Weg etwas gegen den Missstand zu unternehmen. Das Thema aus ihrer Sicht aber angegangen werden muss und die SWG dazu am besten geeignet erscheint.

Herr Borbe erkundigt sich, ob die SWG neuen Wohnraum schaffen oder ob Wohnungsbestand so saniert werden soll, dass er von besserverdienenden angemietet wird. Herr Suhr erklärt, dass seine Fraktion bewusst keine Vorgaben in den Antrag formuliert hat, damit dieser offen diskutiert werden kann. Es soll nach Möglichkeiten gesucht werden, attraktiven Wohnraum auch nicht so gut situierten Menschen anbieten zu können.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass die Problematik am besten im Aufsichtsrat der SWG aufgehoben wäre, da dort alle Fraktionen vertreten sind.

Herr Radtke ist der Meinung, dass sich der Antrag nicht umsetzen lässt, da die besserverdienenden nicht nach Grünhufe ziehen, wenn sie sich in einem anderen Stadtteil eine Wohnung leisten können.

Herr Haack lässt darüber abstimmen, ob der Antrag der Bürgerschaft erneut vorgelegt werden soll.

Damit hat der Ausschuss einer Zurückverweisung in die Bürgerschaft nicht zugestimmt.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

Herr Haack schließt den Tagesordnungspunkt.

Abstimmung: 3 Zustimmungen      7 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 07.11.2024